## GRÜNE JUGEND Sachsen | Antrag an die 3. Landesmitgliederversammlung 6. November 2021 | Chemnitz

**V3** Kein Schlussstrich - NSU-Komplex vollständig aufklären und Konsequenzen ziehen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 02.11.2021
Tagesordnungspunkt: 10. V-Anträge

- Enver Şimşek
- 2 Abdurrahim Özüdoğru
- 3 Süleyman Taşköprü
- 4 Habil Kılıç
- 5 Mehmet Turgut
- 6 İsmail Yaşar
- 7 Theodoros Boulgarides
- 8 Mehmet Kubaşık
- 9 Halit Yozgat
- 10 Michèle Kiesewetter
- Diese Menschen wurden aus rassistischen und rechtsextremistischen Gründen vom
- 12 rechtsextremen Terrornetzwerk NSU zwischen 2000 und 2007 ermordet. Dazu kommen
- u.a. 43 Mordversuche, zahlreiche Verletzte sowie Sprengstoffanschläge und
- 14 Raubüberfälle.
- 15 In dieser Woche jährt sich die Selbstenttarnung des NSU zum zehnten Mal. Auch
- <sub>16</sub> zehn Jahre danach darf es keinen Schlussstrich geben. Der NSU-Komplex muss
- vollständig aufgeklärt und Konsequenzen gezogen werden.
- Der NSU war nicht zu dritt. Ermöglicht wurde das jahrelange Morden, das erst
- durch die Selbstenttarnung beendet wurde, durch ein breites Helfer\*innen-
- Netzwerk, dessen Mitglieder bis heute weitestgehend ungestört agieren können.
- Auch das systematische Versagen der staatlichen Behörden trug einen wesentlichen
- <sup>22</sup> Teil dazu bei. Mögliche rechtsextreme Hintergründe wurden bis zuletzt ignoriert.
- Stattdessen wurden die Angehörigen der Mordopfer und die Verletzten der
- 24 Anschläge nicht nur alleine gelassen, sondern beschuldigt und verdächtigt und
- 25 sind bis heute traumatisiert. Die staatlichen Behörden behinderten und behindern
- 26 zudem an vielen Stellen die Aufklärung.
- 27 Trotz zahlreicher parlamentarischer Untersuchungsausschüsse und dem
- <sup>28</sup> Gerichtsverfahren bleiben weiterhin viele Fragen ungeklärt.
- <sup>29</sup> Die Folgen der unzureichenden Aufarbeitung des NSU-Komplexes wirken bis heute.
- 30 Bis heute blieben Reformen in der Innenpolitik und im Kampf gegen rechten Terror
- aus. Rechte und Rechtsextreme können weiter morden erinnert sei nur an die
- 32 Anschläge in Halle oder Hanau. Auch die Aufdeckung immer neuer rechter Netzwerke
- in den Sicherheitsbehörden zeigt, wie groß die Gefahr von Rechts auch
- innerhalb der staatlichen Behörden ist.

- 35 Unsere Forderungen:
- <sup>36</sup> Wir fordern, dass die Verbrechen vollständig und konsequent aufgeklärt werden.
- 37 Die laufenden Ermittlungen müssen konsequent vorangetrieben werden und auch neue
- 38 Ermittlungen zur Aufklärung der Unterstützer\*innennetzwerke und der Verwicklung
- 39 staatlicher Behören aufgenommen werden.
- 40 Wir fordern, die Abschaffung des Verfassungsschutzes, der im NSU-Komplex nicht
- 41 nur versagt und dessen Verwicklungen darin vollständig aufgeklärt werden müssen.
- 42 Wir fordern eine konsequente Bekämpfung von institutioneller Diskriminierung
- 43 und institutionellem Rassismus in allen staatlichen Behörden, insbesondere in
- der Sicherheitsbehörden. Die Gefahr von rechts in den Sicherheitsbehörden muss
- entschieden bekämpft werden.
- 46 Wir fordern, die Etablierung einer gesamtgesellschaftlichen Erinnerungskultur
- 47 für die Betroffenen des NSU-Terrors und alle Opfer rechter Gewalt.
- Wir fordern die Stärkung antirassistischer Bildungsarbeit in Verwaltung,
- <sup>49</sup> Behörden, Schulen und Betrieben.
- Wir fordern die zügige Umsetzung eines, im sächsischen Koalitionsvertrag
- vereinbarten, Dokumentationszentrums für die Opfer der Taten des in Sachsen
- 52 untergetauchten NSU.

## Begründung

mündlich